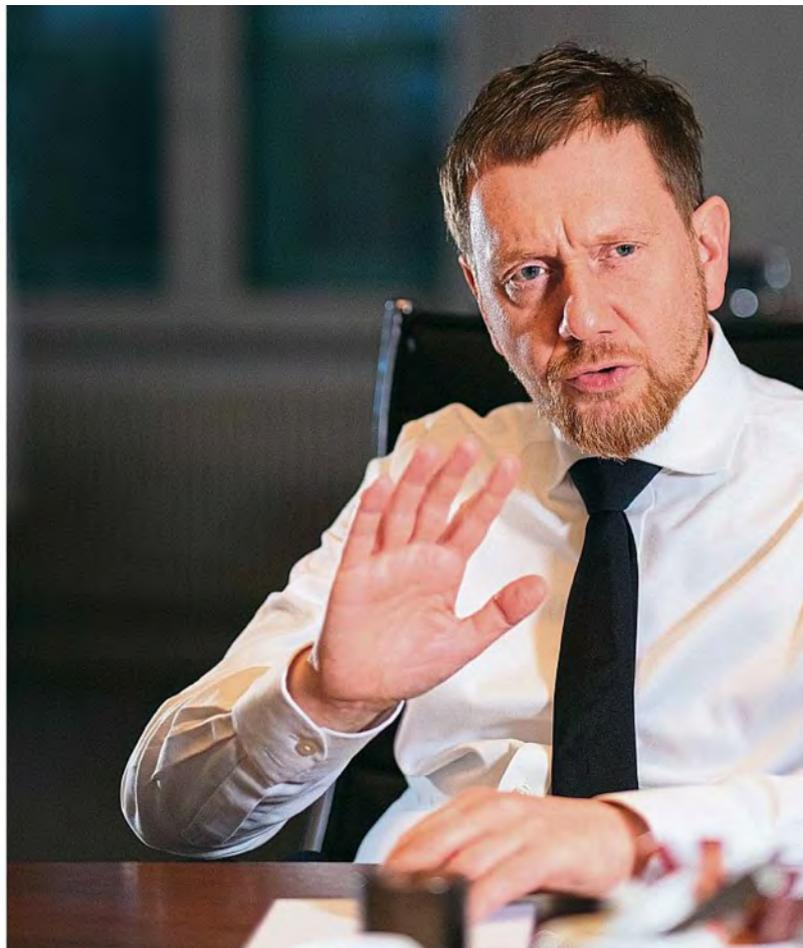


„Es geht nur um Interessen und Stärke“

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer über Atomkraft, das BSW und warum er Robert Habeck für gefährlich hält



Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer beim Interview in der Sächsischen Staatskanzlei

MARKUS WÄCHTER/BERLINER ZEITUNG (2)



Vom Fenster seines Dresdener Büros sieht Michael Kretschmer auf die Carolabrücke. Sie ist im September 2024 eingestürzt und steht seitdem als Symbol für den maroden Zustand des Landes. Am Tag, an dem das Interview mit Sachsens CDU-Ministerpräsident stattfindet, gibt es ein weiteres Problem. Bei Bauarbeiten wurde unter der Brücke eine 250 Kilogramm schwere Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden. Kretschmer muss sein Büro räumen. Kurz vor dem Interview kommt der Anruf: Bombe entschärft, der Ministerpräsident ist zurück in der Staatskanzlei.

Herr Kretschmer, was denken Sie, wenn Sie auf die Carolabrücke sehen?

Dass der Schutt wegmuss, damit die Schiffe wieder fahren können. Wir haben den Einsturz aufgeklärt. Die Ursache ist auf einen Fehler zurückzuführen, der vor 50 Jahren passiert ist: Hennigsdorfer Stahl, hochfest, aber auch besonders spröde. Bei der Produktion sind damals Mikrorisse entstanden, die über Jahre dazu führen, dass der Stahl bricht.

Das heißt, die Brücke ist gar kein Symbol für den Niedergang der deutschen Wirtschaft?

Genau. Aber natürlich stellt sich die Frage: Wann steht die Brücke wieder? In zwei Jahren, in fünf, in 15 Jahren? Wenn keine neue Umweltverträglichkeitsprüfung, keine neuen Planfeststellungsverfahren notwendig sind, kann es schnell gehen. Das ist genau die Herausforderung, vor der Deutschland steht. Im Gegensatz zu den Grünen hat die CDU erkannt, dass wir weniger Bürokratie, weniger Regeln brauchen.

Das klingt, als seien Sie, was eine Koalition der CDU mit den Grünen betrifft, genauso ablehnend wie Markus Söder? Können Sie sich Robert Habeck nicht unter Friedrich Merz als Wirtschaftsminister vorstellen?

Die Probleme, die wir heute haben, hängen mit der grünen Wirtschaftspolitik zusammen. Robert Habeck steht für Energiepreiserhöhungen, Entindustrialisierung und Existenzängste. Die Grünen versuchen, das jetzt mit ihrer Wahlkampagne vergessen zu machen.

Diese Kampagne ist sehr auf den Spitzenkandidaten zugeschnitten: Ich, Robert, ich, der Mensch. Was halten Sie davon?

Das kann man machen, aber es ist auch gefährlich, weil damit die Inhalte untergehen. Robert Habeck hat diesem Land wirtschaftlich nicht gutgetan. Und jetzt heißt es, eigentlich ist er ja ein guter Mensch. Das mag sein, aber ihm das Land und die Wirtschaft anzuvertrauen, das ist krachend schiefgegangen. Das darf sich nicht wiederholen.

Die Grünen sagen: Die CDU hat 16 Jahre lang das Land regiert, es ist ihre Schuld, dass es der Wirtschaft so schlecht geht.

Diese Geschichte haben wir jetzt drei Jahre lang gehört. Aber Entscheidungen wie das Gebäudeenergiegesetz, die Russlandsanktionen, der Umgang mit den Bauernprotesten, die Unternehmen, die das Land verlassen und den zehntausendfachen Arbeitsplatzabbau in der deutschen Industrie, das muss man den Grünen und ihrem Wirtschaftsminister anlasten.

Was ist für Sie der größte Fehler in der Wirtschaftspolitik gewesen?

Die Verteuerung der Energie, Klimaschutz nach dem Prinzip, koste es was es wolle, die staatlichen Regulierungen. Planwirtschaft ist in der DDR schon einmal krachend gescheitert.

Als Sie bei Caren Miosga in der Talkshow waren, haben Sie auch diesen DDR-Vergleich gemacht und wurden dafür gemafregelt.

Das Erfolgsprinzip der Bundesrepublik ist die soziale Marktwirtschaft, der Wettbewerb um die beste Lösung. Nehmen Sie die verpflichtende Dokumentation von

**„Atomkraft ist
zunächst einmal nur
ein Instrument.
Die eigentliche
Frage lautet doch:
Wie teuer darf
Energie in
Deutschland sein?**

**Der Strompreis in
den USA liegt bei
vier Cent. Bei uns
geht es in
Richtung 16 Cent.“**

Abwärme bei großen Fabriken. Der Staat will vorgeben, wo gespart werden muss. Entschuldigung, aber warum ist der Unternehmer nicht selbst gehalten, diese Abwärme zu nutzen, um wirtschaftlich zu arbeiten. Warum muss der Staat das tun? Diese Vorgabe führt wieder zu zusätzlicher Bürokratie. Ich glaube, dass die Grünen nicht viel von sozialer Marktwirtschaft halten, dass sie anders als die Union, das, was vermeintlich gut ist, durch den Staat erzwingen wollen.

Verstehen Sie, warum es Aufregung um DDR-Vergleiche wie Ihren gibt?

Ja, denn jeder weiß, wie es ausgegangen ist mit der DDR, es hat kein gutes Ende genommen, und es nimmt auch jetzt kein gutes Ende. Die Spaltung der Gesellschaft, die Zustimmungswerte für die populistischen Parteien, das ist auch Ergebnis dieses Politikstils. Nehmen Sie die Bauernproteste vor einem Jahr: Tausende Menschen auf der Straße, mit Familie, Angehörigen. Die fahren nach Berlin, um ihre Anliegen mit der eigenen Regierung zu klären. Am Ende sind diese fleißigen Menschen mit einer großen Ohnmachtserfahrung nach Hause geschickt worden.

In Ihrer Neujahrsansprache haben Sie Ihren Landsleuten eine Wirtschaftswende versprochen. Wie wollen Sie das schaffen angesichts dieser Krise im Land?

Indem wir etwa bei der Mikroelektronik stark genug werden, um alle Regionen mitzuziehen. In Leipzig hat das mit der Automobilbranche schon ganz gut geklappt. Dort profitieren alle von den guten Löhnen. Wir müssen auch auf Exzellenz setzen, auf Wissenschaft und Forschung. Das macht ein Land stark und zukunftsfähig.

Sind Sie dafür, zur Atomkraft zurückzukehren?

Atomkraft ist zunächst einmal nur ein Instrument. Die eigentliche



Frage lautet doch: Wie teuer darf Energie in Deutschland sein? Der Strompreis in den USA liegt bei vier Cent. Bei uns geht es in Richtung 16 Cent. Wir müssen die Kosten begrenzen und dafür die richtigen Instrumente nutzen. Da wird Atomkraft eine Rolle spielen, aber auch heimisches Gas. Das Nord-Stream-Problem muss gelöst werden.

Sollte der Soli abgeschafft werden?

Ich bin dafür. Aber auch hier ist die Frage etwas komplexer. Wir haben einen starken Sozialstaat, und das wollen die Menschen auch. Die gesetzliche Krankenversicherung oder die Pflegeversicherung, weil wir eben nicht Amerika sind, wo jeder für sich selbst verantwortlich ist. Ohne soziale Sicherheit kein gesellschaftlicher Frieden.

Die Pflegeversicherung wollen Sie reformieren, sämtliche Kosten für alte, pflegebedürftige Menschen von der Versicherung übernehmen lassen?

Das ist ein ganz wichtiges Thema im Bundestagswahlkampf. Wegen ihrer gebrochenen Erwerbsbiografien nach 1990 haben die Leute weniger verdient. Sie waren arbeitslos, haben Umschulungen gemacht, sind in den Westen gezogen, bekommen 1000, 1200 Euro Rente. Und wenn sie auf Pflege angewiesen sind, werden sie Sozialhilfeempfänger. Das passiert im Westen auch, aber hier, im Osten, geht das sehr vielen Menschen so. Deshalb müssen wir bei dem Thema die Vorreiter sein.

Und wenn Arbeitnehmer krank werden - Karenztag, ja oder nein?

Das kann ein Instrument sein. Ganz grundsätzlich müssen wir eine Leistungsgesellschaft sein. Es kann nicht sein, dass wir das Land mit den meisten Krankheitstagen in Europa sind, mit den meisten Urlaubstagen und den meisten Feiertagen. Und dann arbeiten wir noch in Teilzeit, wollen die Vier-Tage-Woche. Das funktioniert nicht. Wir brauchen zwar keine Revolution wie Hartz IV, aber langsame Veränderungen, um ein Bewusstsein zu schaffen.

Bei Ihrer Neujahrsansprache haben Sie auch vom „sächsischen Ingenieurs-Gen“ gesprochen. Machen Sie Identitätspolitik?

Nennen Sie es, wie Sie wollen, an den sächsischen Hochschulen gibt es jedenfalls den größten Anteil an Ingenieursberufen in ganz Deutschland. Das macht die Leute auch stolz.

Fühlen sich die Leute hier eher als Ostdeutsche oder als Sachsen?

Ich glaube eher als Sachsen.

Sie auch?

Ja. Aber ich bin eben auch Ostdeutscher. Und das finde ich gut, weil die Erfahrungen nach der Wende so wertvoll sind. Zum Beispiel, dass die soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit einen Aufschwung bringen.

Warum sind Sie eigentlich nicht CDU-Kanzlerkandidat geworden, waren nicht mal im Gespräch?

Ich?

Ja. Hat das auch damit zu tun, dass Sie anders als Angela Merkel die Probleme im Osten ansprechen?

Angela Merkel wollte ihre Ostbiografie nicht überstrapazieren. Am Ende ihrer Amtszeit hat sie auf wunderbare Weise klargemacht, wie sie denkt, wie sie fühlt. Ich fand das sehr bewegend. Auch vorher hat sie immer geholfen, bei allen Themen, die es im Osten gab, aber eher im Leisen.

Von Ostdeutschen hört man oft, sie würden gerne CDU wählen, können aber mit Friedrich Merz nichts anfangen. Ist er für den Osten der falsche Kanzlerkandidat?

Friedrich Merz hat sich sehr intensiv mit den neuen Ländern beschäftigt, hatte hier sogar mehr Zustimmung als im Westen. Er hat viele Regionen besucht und mit den Menschen gesprochen. Er weiß, dass wir einen Geist der Freiheit in der Wirtschaft und einen Wettbewerbsvorteil für die ostdeutschen Länder brauchen: Kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen, Verkehrsinfrastruktur Richtung Mittel- und Osteuropa entwickeln.

Es gibt Fragen, bei denen Sie anderer Meinung sind als er. Zum Beispiel, was die Waffenlieferungen an die Ukraine betrifft.

Ja, da sind wir unterschiedlicher Meinung, und das muss man aus-

halten. Im Osten haben wir aufgrund unserer Erfahrung eine andere Meinung.

Was genau meinen Sie mit „anderer Erfahrung“?

Wir können die russische Stärke einschätzen. Wir haben sie erlebt und eine klare Vorstellung davon, wozu Russland in der Lage ist, welche Instrumente sie einsetzen könnten. Russland versteht nur eine Sprache, und das ist Stärke. Wenn wir uns in Deutschland militärisch, wirtschaftlich stark aufstellen, auch als Demokratie, sind wir ein Partner. Unsere Stärke kam ja auch daher, dass die russische Wirtschaft sehr auf Deutschland bezogen war. Man spricht nicht mit uns, den Deutschen, weil wir so nett sind oder weil der russische Präsident hier einen Teil seines Lebens verbracht hat, sondern weil man mit uns Geschäfte gemacht hat. Wenn wir da raus sind, gibt es keinen Grund mehr, mit uns zu reden. Dann redet Russland mit China, Vietnam oder Indien.

Wenn Sie sagen, „wir haben andere Erfahrungen gemacht“, meinen Sie dann mit „wir“ auch die CDU im Osten? Tickt die anders als die West-CDU?

Dieses Verallgemeinern ist gefährlich, man kann auch nicht über die Ostdeutschen sprechen oder die Ost-CDU. Aber der Anteil der Menschen, die aufgrund ihrer Erfahrungen zu dieser Meinung kommen, ist höher. Diese leisen, nachdenklichen Stimmen, die ja auch von Westdeutschen kamen, von Juli Zeh, Jürgen Habermas oder Michael Müller, wurden alle beiseitegeschoben. Jetzt gibt es laute Stimmen. Das BSW oder die AfD, die lassen sich nicht mehr so leicht beiseiteschieben.

Wäre es gut, eine Ost-Abspaltung innerhalb der Partei zu haben? So wie die CSU in Bayern?

Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. 1989 riefen die Menschen auf der Straße „Wir sind das Volk“. Daraus wurde dann „Wir sind ein Volk“. Wir brauchen keine Ost-CDU. Unterschiedliche Meinungen innerhalb einer Partei sind gut und wichtig. Das ist auch die Stärke der Union.



Sie haben vorhin über die hohen Zustimmungswerte für populistische Parteien gesprochen. Zählen Sie das BSW dazu?

In einigen Punkten ja. Wir haben aber in Sachsen eine gemeinsame Vertrauensbasis aufgebaut, und ich hoffe, dass die Zusammenarbeit auch in der Zukunft so möglich ist.

Warum hat es – anders als in Thüringen und Brandenburg – nicht geklappt mit einer gemeinsamen Koalition in Sachsen?

Das BSW hat die Gespräche beendet.

Wegen der sogenannten Friedensformel, die Sahra Wagenknecht unbedingt im Koalitionsvertrag haben wollte?

Es ging um die Frage, ob es heißen sollte: Das Sicherheitsgefühl der Menschen in Europa hat sich seit oder durch den russischen Angriffskrieg verändert. Und um die Bündnisverpflichtungen der Nato. Da haben wir drei, vier Tage drüber gesprochen. Wenn alle es gewollt hätten, hätten wir eine Formulierung gefunden, über die man sich einig wird.

Wofür waren Sie? Für „seit“ oder „durch“?

In unserem Text stand „durch den russischen Angriffskrieg“. Aber es ist am Ende gar nicht zu einer Diskussion gekommen. Das BSW wollte an diesem Tag diese Gespräche beenden. Das war ganz klar.

„Wir müssen mit Abschreckung arbeiten. Wenn Russland, in Kaliningrad Waffen stationiert, müssen wir darauf reagieren.“

Was die Haltung zu Russland betrifft, sind Sie von den BSW-Positionen nicht weit entfernt. Vom Spiegel werden Sie als Putin-Freund bezeichnet. Genau wie Sahra Wagenknecht. Wie reagieren Sie darauf?

Es ist ein durchsichtiges Manöver. Denn es erspart eine angemessene Auseinandersetzung mit meinen Ar-

gumenten. Dass die Einschätzung richtig war, das sieht man jetzt.

Sie haben von Anfang an gesagt, man solle weiter mit Russland reden, lieber ukrainische Gebiete abtreten, weiter Öl aus Russland beziehen. Halten Sie das nach wie vor für richtig?

Ich habe nicht gesagt, dass die Ukraine Gebiete abtreten soll. Im Gegenteil. Ich habe eingeschätzt, dass der Krieg zunächst erst mal eingefroren werden muss. Damit das Sterben nicht immer weitergeht. Dass damit die Chance auf Verhandlungen entsteht. Jetzt ist es nicht Europa, sondern ein amerikanischer Präsident, der diese Entscheidung trifft. Wir reden die ganze Zeit über die Abhängigkeit von Russland, haben uns inzwischen aber in eine neue begeben, auch durch den Anschlag auf Nord Stream 1, mit dramatischen Folgen für die Energiekosten. Wenn man jemanden als Putin-Freund oder Putin-Versteher bezeichnet, kann man all das schnell ignorieren.

Davor hatten Sie bereits im Sommer gewarnt: Wenn Trump erst mal Präsident ist, entscheidet er, was wir Europäer entscheiden müssten, haben Sie gesagt.

Ja, denn das hat uns Henry Kissinger bei meinem Besuch im Mai des vergangenen Jahres in New York mitgegeben: Dieser Konflikt findet auf Ihrem Kontinent statt. Sie sind diejenigen, die davon betroffen sind, die sich auskennen. Sie müssen ihn beenden. Und nun passiert, wovor Kissinger gewarnt hat: Dieser Krieg wird über Europa hinweg entschieden. Friedrich Merz sagt zu Recht: Europa muss sich um seine Verteidigungsfähigkeit kümmern. Wir müssen ein eigener starker Akteur in der Welt sein. Wir wollen, dass Europa mit seinen knapp 500 Millionen Einwohnern genauso ernst genommen wird wie China. Dass Europa so abgemeldet ist, ist weit über den Ukrainekrieg hinaus ein Problem.

Wären ein Waffenstillstand oder ein Friedensabkommen zwischen Russland und der Ukraine denn weniger wert, wenn sie über Europa hinweg entschieden werden?

Nein, dann hätte das Sterben ein Ende, so oder so. Aber danach

geht es darum, wer für die Sicherheitsgarantien der Ukraine aufkommt. Dafür werden Deutschland und Europa einen Beitrag leisten müssen. Die Frage ist, in welchem Ausmaß. Das hätten wir wahrscheinlich eher in der Hand, wenn wir selbst mehr Initiativen ergreifen würden.

Sind Sie für die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland?

Wir müssen mit Abschreckung arbeiten, ja. Wenn Russland, in Kaliningrad Waffen stationiert, müssen wir darauf reagieren.

Sie haben mit Wladimir Putin gesprochen ...

Zweimal bereits.

Seit dem russischen Einmarsch aber nicht mehr?

Seitdem nicht mehr.

Wären Sie nicht der Richtige dafür?

Da gibt es auch eine völlige Fehleinschätzung. Es geht nicht um irgendeine angenehme Atmosphäre zwischen Putin und seinen Verhandlungspartnern oder gar Freundschaft. Es geht nur um Interessen und Stärke. Und die bestand für Deutschland immer in der wirtschaftlichen Stärke und der Möglichkeit, als Russland die eigenen Rohstoffe an uns verkaufen zu können.

Was sagen Sie zur politischen Lage in Österreich? Nach der Nationalratswahl gelang es der konservativen ÖVP nicht, eine Regierung ohne die Rechtsaußenpartei FPÖ zu bilden. Kommt das auch auf Deutschland zu, also auf die Union?

In der Ministerpräsidentenkonferenz haben wir dem Kanzler immer wieder gesagt, dass wir die Themen klären müssen, die die Wahlscheidungen der Menschen beeinflussen: die Energiepolitik, die Sorgen der Bauern, den Krieg, die Migration vor allen Dingen. Dann wird auch die AfD schwächer. Wenn die SPD mit uns in die Regierung kommt und so weitermacht wie bisher, dann wird das kein gutes Ende nehmen. Wir müssen diese Dinge jetzt klären, auch wenn die Lösungen nicht im Parteiprogramm stehen.

Wenn also Friedrich Merz Abwei-



sungen an der Grenze und die Anerkennung deutscher Staatsbürgerschaften von Straftätern will, sollte die SPD sich fügen, finden Sie?

Absolut. Diese Logik, man könne seine Ansichten durchsetzen, weil man gewählt ist, haben wir jetzt drei Jahre lang erlebt. Dadurch hat sich die Gesellschaft immer weiter polarisiert. Die Menschen wollen sich in den Städten sicher fühlen und sie wollen, dass Asylbewerber, die gegen Recht und Ordnung verstoßen, unser Land verlassen.

Die Umfragewerte der AfD legen in Sachsen und auch bundesweit zu. Woran liegt das?

Genau daran, dass all diese Themen nicht geklärt werden.

Was, wenn die AfD immer stärker wird, ähnlich wie die FPÖ?

Ein Grund für die Situation in Österreich ist, dass man zu wenig kompromissbereit war. Dass man die Probleme, die aus Sicht der Bevölkerung die wichtigen waren, nicht gelöst hat. Etwa beim Thema

übergriffiger Staat. Am Ende sind Gesetze aber nichts anderes als in Paragrafen gegossene Wertvorstellungen einer Gesellschaft. Gesetze müssen den Menschen dienen. Sie sollen sie nicht erziehen. Dieser Punkt ist für die nächsten vier Jahre in Deutschland zentral. Wir haben jetzt noch einmal die Chance, eine demokratische Regierung aus der Mitte heraus zu bilden. Aber sie muss zuhören und die Themen bearbeiten und lösen, die von der Mehrheit gefragt sind.

Ist die AfD für Sie undemokratisch?

Die AfD hat es nicht geschafft, sich von den Radikalen zu trennen und eine rechte, bürgerliche Partei zu werden. Im Gegenteil. Die radikalen Kräfte werden stärker, und das macht es ja so gefährlich, sollten diese Leute wirklich mal in Verantwortung kommen.

Nicht wenige Menschen haben Angst, dass der Faschismus zurückkehrt? Sie auch?

Man soll sich ja nicht von Angst

leiten lassen. Aber ja, diese Art der Radikalität, diese Art des Umgangs macht mir Sorge. Einiges erinnert mich daran: Was wieder sagbar ist, wie wir miteinander umgehen.

*Interview: Maximilian Beer,
Anja Reich*

ZUR PERSON

Michael Kretschmer wurde am 7. Mai 1975 in Görlitz geboren. Die Fachhochschulreife erwarb er auf dem zweiten Bildungsweg und ist stolz darauf, von Beruf Ingenieur zu sein. Er gehört der CDU an und ist seit 2017 Ministerpräsident des Freistaates Sachsen.

Im Dezember 2024 wurde er erneut zum Ministerpräsidenten gewählt. Weil die Sondierungsgespräche mit dem BSW geplatzt sind, führt er eine Minderheitsregierung aus CDU und SPD an.

Kretschmer ist protestantisch und mit einer ehemaligen MDR-Journalistin verheiratet.